

Nach den Wahlen in Frankreich

Im Monat Mai war das gaullistische Regime erschüttert: „Alles schwamm weg," sagte *de Gaulle* selbst in einer Wahlrede Ende Juni. Am 29. Mai war Frankreich, als sein Staatschef plötzlich Paris verließ, um mit seinen Militäρχefs in Metz und in Baden-Baden Fühlung aufzunehmen und um sich dann auf seinen Landsitz in Colombey-les-deux-Églises zu begeben, faktisch ohne Führung: zahlreiche Ministerien waren verwaist, viele Provinzialverwaltungen hatten keinen Kontakt mehr mit Paris; in einigen Administrationen wurden Akten verbrannt; inmitten eines durch den Streik und die Betriebsbesetzungen gelähmten Landes schien ein Vakuum entstanden zu sein ... Fünf Milliarden Francs waren vom Bürgertum vorsorglich ins Ausland gebracht worden ...

Dann, am 30. Mai, sprach *de Gaulle* und mobilisierte die Partei der „Angst": das Bürgertum, dem der Schreck in die Glieder gefahren war und das seine heiligsten Güter bedroht sah; einen großen Teil des Kleinbürgertums, das, zumindest zu einem Teil, und vor allem, was das technische Führungspersonal anbetrifft, von der gewaltigen Mai-Bewegung in den Bann gezogen worden war, jetzt aber, da sich keine neue politische Perspektive am Horizont abzuzeichnen schien, ebenfalls zur Partei der Angst stieß.

Will man begreifen, auf welche Weise ein Regime, das am Ende seines Lateins angelangt zu sein schien, Ende Juni das „Wahlwunder" bewerkstelligen konnte, von dem einige Gaullisten sprachen, so muß vor allem dies festgehalten werden: die „Partei der Angst" hat einen Sieg errungen, weil die französische Linke sich außerstande erwies, die „Partei der Hoffnung" zu bilden.

Bevor also auf das Resultat der Parlamentswahlen vom 23. und 30. Juni eingegangen wird, erscheint es erforderlich, einen Blick nach rückwärts zu werfen, um eine Erklärung für den plötzlichen politischen Umschwung in Frankreich zu finden; denn allzu gewaltig erscheint der Gegensatz zwischen der Studentenrevolte und, in ihrem Gefolge, der riesigen Streikbewegung mit Betriebsbesetzung, als daß der schließliche Wahlsieg der gaullistischen Partei nicht einige Elemente zu enthalten scheint, die in irgendeiner Weise „irreal" anmuten.

I

Zunächst diese Feststellung: die offizielle nicht-kommunistische Linke, mit Ausnahme der ehemals christlichen Gewerkschaftsorganisation CFDT, hat an den Mai-Ereignissen nicht den geringsten Anteil gehabt. Mehr noch: dieser gewaltige Ausbruch eines revo-

lutionären Willens, diese permanente „Contestation“, diese Anfechtung aller bestehenden Institutionen — vor allem in den Universitäten und Betrieben —, diese neuen Kampfesformen, die sich nicht an die „traditionellen“ Normen hielten, hatten den demokratisch-sozialistischen Sektor der Öffentlichkeit vollständig überrascht. Man begnügte sich auf dieser Seite damit, die Dinge zur Kenntnis zu nehmen und — gelegentlich — den Studenten und streikenden Arbeitern ein Anzeichen der Sympathie zu geben.

Hingegen haben die Kommunistische Partei und der von ihr beeinflusste Gewerkschaftsverband CGT im Mai und im Juni eine Aktivität entfaltet, die, auf eine kurze Formel gebracht, so charakterisiert werden kann: alles tun, um zu verhindern, daß die Bewegung, die sehr häufig den Charakter eines Aufstandes gegen die herkömmlichen Normen annahm und die in einem gewissen Sinne die traditionelle Form der parlamentarischen Demokratie in Frage stellte, um hingegen die „Demokratie auf dem Arbeitsplatz“ zu propagieren, wieder in „normale Bahnen“ zu lenken.

Obwohl die gaullistische Partei einen etwas hysterischen Wahlfeldzug gegen „den Aufstand der Kommunistischen Partei und der CGT“ führte, war allen objektiven Beobachtern des Geschehens ganz im Gegenteil klar, daß es während dieser Ereignisse, wie der konservative *Figaro* mit Recht schrieb, „zwei Ordnungskräfte“ in Frankreich gegeben hat: den Gaullismus nämlich, der das konservative Bürgertum vertrat, und die Kommunistische Partei und den von ihr beeinflussten Gewerkschaftsbund.

Diese beiden Organisationen haben dafür gesorgt, soweit das in ihrer Kraft lag, daß die Arbeiterschaft in den Betrieben hermetisch von den revolutionären Studenten abgesondert wurde: ein regelrechter *cordon sanitaire* wurde um zahlreiche Großbetriebe gezogen, in denen der Einfluß der CGT überwiegend war; nur die CFDT hatte, mehrmals mit Erfolg, versucht, diese Absperrung zu durchbrechen.

Bereits bevor de Gaulle die Parlamentsauflösung verfügte, hatte die Kommunistische Partei in zahlreichen Aufrufen erklärt, daß der Streikbewegung ein Ende gesetzt werden und daß „das Volk“ das Wort erhalten müßte: In Form der traditionellen Parlamentswahlen. Als am 30. Mai das konservative Bürgertum, von de Gaulle ermutigt, auf die Straße strömte, als die Betriebsbesitzer „ihre Betriebe“ wiederverlangten, als verängstigte Kleinbürger, zum Teil von Rechtsextremisten ermutigt, ihren Haß gegen den „Arbeitermob“ zum Ausdruck brachten, reagierte die Kommunistische Partei nicht, obwohl die CFDT, zahlreiche Mitglieder der CGT selbst kategorisch die Durchführung einer Gegendemonstration forderten und obwohl die Arbeiter und Studenten, die weiterhin die Universitäten und Betriebe besetzt hielten, bereit waren, ihre Positionen mit Energie zu verteidigen.

Die Kommunistische Partei und die CGT, so sagten wir, erwiesen sich als die „Partei der Ordnung“; in einem solchen Maße, daß die Angriffe, die gegen die Studenten und gegen die Arbeitergruppen, die es wagten, die bestehende Gesellschaftsordnung anzufechten, in der kommunistischen und gaullistischen Presse den gleichen Ausdruck fanden: „Provokateure“, so las man, wären am Werk gewesen ...

Nur andeutungsweise können an dieser Stelle die Motive für diese Haltung umrissen werden. Es scheint außer Zweifel zu stehen, daß die Kommunistische Partei, die im Laufe der letzten Jahre dauernd bemüht war, die „progressistischen Aspekte“ der gaullistischen Außenpolitik zu unterstreichen — (ohne die nationalistischen Aspekte dieser Politik in Betracht zu ziehen) —, kaum daran interessiert war, die Sowjetunion eines Partners, nämlich de Gaulles, zu berauben, der in Moskau auch während der Mai-Ereignisse als „wertvoll“ betrachtet wurde.

Aber es erscheint ebenso klar, daß dieses Motiv wohl nicht das Ausschlaggebende war. Die Kommunistische Partei, die in den letzten Jahren verzweifelt versucht hatte, durch das Bündnis mit der nicht-kommunistischen Linken aus dem politischen „Ghetto“ auszubrechen, in das man sie verwiesen hatte, ist heute, ganz im Gegensatz zu den Dar-

Stellungen der gaullistischen Propaganda, durchaus keine Organisation, die bestrebt ist, die „Normen“ der bestehenden Gesellschaftsordnung in Frage zu stellen. Wie alle übrigen Organisationen Frankreichs ist sie von der Mai-Revolte in ihren herkömmlichen Gewohnheiten, die ausschließlich „legalistischer“ Natur waren, überrascht worden. Die Universitäts- und Betriebsbesetzungen, die sie nicht verhindern konnte, fanden diese Partei, die größeren Einfluß unter der Arbeiterschaft besitzt, als die nichtkommunistische Linke, ebenso unvorbereitet wie diese: mit Entsetzen mußte die Kommunistische Partei, die bereits während der Betriebsbesetzungen des Jahres 1936 erklärt hatte, man müßte es „verstehen, einen Streik zu beenden“, feststellen, daß zwischen ihr und den streikenden Studenten sowie einem großen Teil der Arbeiterschaft eine Kluft entstanden war. Sie reagierte demgemäß mit äußerster Schärfe, unter Verwendung eines Vokabulars, das einer revolutionären Vergangenheit entlehnt war, aber ausschließlich dem Ziel diente, die Massenbewegung wieder in einen „normalen Rahmen“ zu bringen.

II

Bereits am 25. Mai hatten die Arbeiter die von den Gewerkschaftsorganisationen mit den Vertretern der Regierung und der Unternehmer ausgehandelten Lohnerhöhungen abgelehnt, weil sie — mehr oder minder bewußt — spürten, daß es bei dieser Bewegung um mehr gegangen war; und dieses „mehr“ war in den meisten Fällen: nicht nur eine Lohnerhöhung, sondern eine Veränderung des Status im Betrieb, die Forderung nach einer Verantwortung im täglichen Arbeitsprozeß, das Verlangen nach einer Kontrolle über die in den Betrieben zu treffenden Entscheidungen, kurz: jene „*participation*“, jene Teilnahme, die die Gaullisten gegenwärtig zu ihrer Hauptlosung erkoren haben, um diesen Willen in dem Wust einer sogenannten *Assoziation* zwischen Arbeit und Kapital zu ersticken.

Als nun die französischen Bürger am 23. Juni zu den Wahlen schritten, war die Lage folgende: die Streiks waren überall mit zum Teil beträchtlichen Lohnerhöhungen abgeschlossen worden, aber bei den Streikenden war ein Gefühl der Unzufriedenheit, des verhaltenen Zorns über den gewaltigen Abstand zwischen den aufgewandten Mitteln und dem vergleichsweise mageren Ergebnis zurückgeblieben: in den Automobilwerken Renault in Flins war Mitte Juni die Wiederaufnahme der Arbeit mit nur 53 gegen 47 Prozent der Belegschaft beschlossen worden . . .

Die Linke trat mit einem Wahlprogramm auf, das mit den Mai-Ereignissen sozusagen nichts zu tun hatte. Nichts in diesen überholten Wahlschlagnern bot auch nur ein blasses Abbild von der sozialen und gesellschaftlichen Erschütterung, die Frankreich heimgesucht hatte. Und nichts in diesen Programmen, die außerdem den Wählern die Gewißheit geben mußten, daß die nichtkommunistische und die kommunistische Linke offenbar nicht in der Lage waren, eine Alternative zum Gaullismus anzubieten, konnte den Wählern den Eindruck vermitteln, daß dieser Gang zu den Urnen sinnvoll war oder auch nur in der geringsten Weise einen Zusammenhang mit der Mai-Revolte hatte, die wirklich aus den Tiefen der Gesellschaftsordnung geboren war: die „Partei der Hoffnung“ hatte der „Partei der Angst“ nichts entgegenzusetzen.

Nachdem de Gaulle faktisch mit dem Einsatz der Armee gedroht hatte, nachdem er zahlreiche revolutionäre Studentengruppen verbieten ließ, nachdem ein großer Teil des Kleinbürgertums ob der Hilflosigkeit der Linken zur „Partei der Angst“ gestoßen war, nachdem sich das Bürgertum angesichts der Wiederaufnahme der Arbeit und nach der faktischen Kapitulation der offiziellen Linken von seinem Schrecken erholt hatte, nachdem eine Propaganda über das Land gegangen war, die die Revolutionäre des Monats Mai (und die Kommunisten, die sich ihnen entschlossen entgegengestellt hatten) als

Menschen mit einem Messer zwischen den Zähnen erscheinen ließ, bestrebt, die heiligsten Güter der Nation anzutasten, war die Stimmung für die Wahlen geschaffen: es waren die Wahlen der „Ordnung“ — von denen im übrigen die Jugendlichen im Alter von 18 bis zu 21 Jahren ausgeschlossen waren, das heißt, ein großer Teil der jugendlichen Arbeiter, die spontan die Streikbewegung im Gefolge der Studenten ausgelöst und somit die gewaltige Massenbewegung in Gang gebracht hatten.

III

Die Gaullisten haben also gesiegt, unbestreitbar. Indessen sollte dieser Sieg auf die richtigen Proportionen zurückgeführt werden; denn die gewaltige Mehrheit, die de Gaulle gegenwärtig im Parlament wegen eines Wahlsystems besitzt (zwei Wahlgänge: im ersten Wahlgang entscheidet die absolute Mehrheit, im zweiten die relative), das nicht das wirkliche Kräfteverhältnis zum Ausdruck bringt, deformiert die Tatsachen. Die Realität ist, daß die Gaullisten am 23. Juni 46 Prozent der Stimmen erhalten haben, während für die gesamte Linke immerhin 42 Prozent der Stimmen abgegeben wurden. Aber eine Stimmveränderung von sechs Prozent reicht bei einem solchen Wahlsystem aus, um jener Partei, die in der Stimmung der Öffentlichkeit die Gunst hat (und das war der Fall für die gaullistische Partei der „Ordnung“, vor allem beim Bürgertum und Kleinbürgertum), eine Zahl von Sitzen zu verschaffen, die in keinem Verhältnis zu ihrem wirklichen Einfluß steht. In Ziffern ausgedrückt: 46 Prozent der Stimmen für die Gaullisten im ersten Wahlgang, verstärkt durch die dadurch geschaffene „Strömung“ im zweiten: über 350 Sitze; 42 Prozent der Stimmen für die Linke: 91 Sitze.

Aber diese Zahlen sollen durchaus nicht besagen, daß die Linke nur eine relative Niederlage erlitten hat, denn wichtiger als die Zahlen sind die soziologischen und politischen Fakten.

In diesem Zusammenhang muß vor allem hervorgehoben werden, daß die gesamte Linke etwa eine Million Stimmen im Vergleich zu den Parlamentswahlen des Jahres 1967 verloren hat; und nur etwa 300 000 dieser Stimmen konnten von der Vereinigten Sozialistischen Partei (PSU) aufgefangen werden, die sich mit der revolutionären Mai-Bewegung solidarisiert hatte und die mit etwa 875 000 Stimmen im ersten Wahlgang zumindest einen Achtungserfolg erzielen konnte.

Zweite wesentliche Feststellung: eine nicht geringe Zahl von Arbeiterstimmen, die im Jahre 1967 den Linksparteien zugefallen waren, sind im Juni 1968 den Gaullisten zugekommen. Gerade in dieser Tatsache, die insbesondere im industriellen Nordfrankreich zu verzeichnen war, kommt der ungeheure Gegensatz zwischen dem „aktiven Bürger“ und dem „Wahlbürger“ zum Ausdruck: ganz offensichtlich hat ein Teil der Arbeiterschaft, von der Haltung der Linken enttäuscht und nachträglich über das „Abenteuer“ im Mai entsetzt, für die „Partei der Ordnung“ gestimmt, nachdem die „Partei der Hoffnung“ sich nicht konstituieren konnte. Es wird den Soziologen vorbehalten bleiben (oder den Psychologen), eine gültige Erklärung für dieses erstaunliche Phänomen zu finden.

Dritte Feststellung: während im Jahre 1967 beim zweiten Wahlgang die Wähler der Sozialisten mit erstaunlicher Disziplin für den an der Spitze liegenden kommunistischen Kandidaten stimmten und, umgekehrt, die Wähler der Kommunisten für den an der Spitze liegenden Sozialisten, hat die „Solidarität der Linken“ diesmal in zahlreichen Fällen versagt.

Mit anderen Worten: die Linke hat eine schwere Niederlage erlitten; sie ist den Wählern nicht als glaubwürdig erschienen, und sowohl die Sozialisten als auch die Kommunisten haben einen schweren Preis für ihre Haltung während der Mai-Ereignisse

bezahlen müssen. Die Zukunft der „klassischen“ Linken in Frankreich erscheint heute in sehr düsteren Farben.

IV

In Frankreich hat also die „Restauration“ gesiegt, nachdem das Land im Mai von einer revolutionären Welle erfaßt war; nicht zum ersten Male ist ein derartiges Phänomen in der französischen Geschichte zu verzeichnen. Es bleibt die erstaunliche Tatsache, daß sich ein Regime, das recht eigentlich die Mai-Bewegung allein durch seine autoritäre Existenz zum Ausbruch gebracht hatte, in erstaunlicher Weise wieder zur Behauptung bringen konnte, nachdem es an den Rand des Abgrundes geraten war. Die Persönlichkeit de Gaulles mag bei diesem Prozeß eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben, aber sie allein bietet keine ausreichende Erklärung. Der eruptive Ausbruch in Frankreich, der zum Teil ein Aufstand gegen die „Gesellschaft des Konsums“, gegen die „Manipulierung“ der Menschen, gegen ihre „Entfremdung“ im Leben, und insbesondere auf den Stätten ihrer Arbeit, war, mußte, wenn keines der wesentlichen Ziele erreicht wurde (insbesondere auf dem Gebiet der *wirklichen* „participation“), zu einer rückläufigen Bewegung führen. Einer nicht siegreichen Revolution pflegt die Konterrevolution auf dem Fuße zu folgen.

Die gegenwärtigen Perspektiven in Frankreich? Angesichts der von niemandem vorausgesagten Mai-Ereignisse sollte man sich hüten, den Propheten zu spielen. . . Dennoch sind einige Elemente festzuhalten.

Die jetzt bereits in Gang gesetzte Politik der Deflation, die dazu dienen soll, die zum Teil beträchtlichen Lohnerhöhungen und den Stillstand der Unternehmen während eines Monats „wettzumachen“, wird einerseits zu beträchtlichen Preiserhöhungen und andererseits zu sehr starken Konzentrationen führen. Es wird damit gerechnet, daß im Herbst die Zahl der Arbeitslosen von jetzt 500 000 auf etwa 800 000 steigen wird.

Angesichts der Tatsache, daß die von der Regierung versprochenen Reformen in den Universitäten zum großen Teil auf dem Papier bleiben werden und daß die versprochene „participation“ in den Betrieben einen im wesentlichen paternalistischen Charakter haben dürfte, sind neue eruptive Ausbrüche nicht auszuschließen, wenn auch unmittelbar Ermüdungserscheinungen nach der gewaltigen Massenbewegung im Mai und im Juni natürlich erscheinen müssen.

Das in Frankreich gängig gewordene Wort, daß „nichts mehr so sein wird wie früher“, dürfte vor allem in den Universitäten eine Realität sein, denn diese Bewegung war vor allem eine der Jugend. Die gleiche Stimmung ist unter den jugendlichen Arbeitern in den Betrieben weiterhin vorhanden, und nicht von ungefähr sind die Gaullisten gegenwärtig bestrebt, „Tiefenarbeit“ unter der Jugend zu leisten.

Man sollte deshalb den gaullistischen Wahlsieg in seinem Ausmaß nicht überschätzen. Man sollte sich auch daran erinnern, daß während der Mai-Ereignisse niemand auch nur im geringsten daran dachte, dem von de Gaulle manipulierten Parlament Beachtung zu schenken; das wird jetzt in erhöhtem Maße der Fall sein, und die Linksoption, die praktisch aus dem Parlament ausgeschaltet ist, wird jetzt, wie man zu sagen pflegt, eine „Mutation“ anstreben müssen. Sie kann sich von dem Desaster, das sie erlitten hat, nur erholen, wenn sie, wie ein bekannter französischer Publizist schrieb, „bereit ist, mit der sozialen Realität konfrontiert zu werden“.

Und diese Realität — das ergibt sich aus den Mai-Ereignissen und den ihnen folgenden Wahlen — ist nicht identisch mit zu nichts verpflichtenden Wahlprogrammen, hinter denen nicht der Wille steht, die Gesellschaftsordnung zu verändern: denn *das* war das Ziel der Mai-Bewegung, und diese Idee ist im Bewußtsein von Millionen von Menschen lebendig geblieben. Die Juni-Wahlen haben daran nichts geändert: sie können nur für eine gewisse Zeit die Tünche liefern, die die Realität verbirgt.